Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Bitte beachten Sie: Wir weisen in den Hinweisen des Tages ausschließlich auf kostenlose Artikel hin. Es kann im weiteren Verlauf trotzdem vorkommen, dass Sie auf Texte stoßen, die sich hinter einer Bezahlschranke befinden. Der Grund dafür: Anbieter von Artikeln haben den kostenlosen Zugang nachträglich eingeschränkt oder/und in kostenpflichtige Angebote umgewandelt.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Die Bürger spüren längst, dass bei der deutschen Ukraine-Politik etwas aus dem Ruder läuft
2. Hochrüstungshaushalt und NATO-Austritt
3. Neue Sanktionen gegen Russland: Gerhard Schröder könnte Posten bei Hyperglobus verlieren
4. Die wirkliche Zeitenwende
5. Die Heimatschutzdivision: Ausdruck der militärischen Umorientierung Berlins
6. Jedes zweite große Industrieunternehmen in Europa unter finanziellem Druck
7. Le Pen prangert “deutsches Europa an” – sie ist nicht allein
8. „Historischer Tag“ – Ungarns Regierungschef Magyar kündigt „neues Kapitel“ in Ukraine-Politik an
9. So werden Journalisten, die über die israelischen Verbrechen berichten, aus der Welt geschafft …
10. Eine Frage der Einsatzbereitschaft
11. Unabhängige Geldpolitik, die Zinsstruktur und die Rezessionen in den USA und in Deutschland
12. Besteht die Gefahr, dass das BSW verschwindet, Norbert Häring?
13. Was „Correctiv“ unter Recherche versteht: Schlecht gemeint und schlecht gemacht
14. Deutsche Einheit – tot?
15. Abgemacht statt abgestimmt

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie*

doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **Die Bürger spüren längst, dass bei der deutschen Ukraine-Politik etwas aus dem Ruder läuft**
   Beim Berliner Gegengipfel zu Trump, Xi und Putin feierte die Hauptstadtpresse Kanzler Merz als Führer Europas. Vor Managern verriet er, was die Hilfen für Kiew einbringen sollen. So redeten Politiker schon einmal – es endete böse […]
   Vergangene Woche stürzten sich die Politik-Beobachter auf die Außenpolitik. Sie sahen Merz plötzlich als Friedrich den Großen, dekoriert mit Eichenlaub und Lorbeerkranz. Wie er da glänzte beim „Ukraine-Gipfel XXL“ (ZDF) in der Paraderolle als Führer Europas. War es nicht ungeheuer mutig von ihm, parallel zum Schurken-Treffen der drei Autokraten Trump, Xi und Putin einen Gegengipfel der Gut-Willigen in Berlin zu inszenieren? Der Kanzler, lobten viele, traut sich was. Er bietet den Mächtigen die Stirn. Ein echter Weltpolitiker. Er könnte sich freilich überhoben haben. Denn die Gut-Willigen schwächeln. Das jüngste Treffen der Ukraine-Unterstützer war nur die Fortsetzung des altbekannten Ramstein-Formats. Damals, im April 2022, zählte Gastgeber Deutschland noch 54 Unterstützer-Staaten, jetzt, vier Jahre später, sind es 37. Es könnten bald noch weniger kommen. Denn einigen Regierungen scheint das Engagement zu teuer und zu riskant zu werden. Wo bitte soll das enden?!
   Quelle: Wolfgang Michal in der Freitag

   dazu auch: **Rechnungshof verreißt Zahlen zur Ukraine-Hilfe – Regierung kontert: „vollständig, transparent und belastbar“**
   Intern räumt die Bundesregierung Mängel ein, vor der Presse bestreitet ihr Sprecher sie. Auf Nachfrage dieser Zeitung folgen weitere Widersprüche und ein Seitenhieb statt einer Antwort.
   Für ein vernichtendes Urteil braucht der Bundesrechnungshof nur drei Adjektive. Die Angaben der Bundesregierung zur Unterstützung der Ukraine seien „nicht belastbar, unvollständig und intransparent“. So steht es in einem Bericht nach Paragraf 88 Absatz 2 der Bundeshaushaltsordnung, der am 18. November an den Haushaltsausschuss ging und dieser Zeitung vorliegt. Veröffentlicht werden soll er erst nach Abschluss der parlamentarischen Beratungen. Den Anstoß zur Prüfung gab der Rechnungsprüfungsausschuss des Bundestages. Er hatte schon 2023 den Eindruck, die Zahlen der Regierung seien unvollständig und widersprüchlich.
   Quelle: Florian Warweg in der Berliner Zeitung

2. **Hochrüstungshaushalt und NATO-Austritt**

561 Milliarden Euro Haushalt, 210 Milliarden neue Schulden, 150 Milliarden für die Rüstung – und das ist erst der Anfang. Wer den Sozialstaat retten will, muss den NATO-Kurs stoppen. Der Austritt ist die Konsequenz.
Die aktuellen Haushaltsberatungen stehen unter dem Stern der NATO-Rüstungsvorgabe. Von den Grünen bis zur AfD ist man sich einig, perspektivisch die 5-Prozent-Vorgabe erfüllen zu wollen. Die Linke hatte einst im Bundesrat die Schuldenbremse entsprechend gelöst und damit ermöglicht, dass gigantische Kriegskredite zur Haushaltsfinanzierung aufgenommen werden konnten. Frei nach König Pyrrhus muss man angesichts der Kabinettsvorlage formulieren: Noch so ein Haushalt und ich bin verloren.
Quelle: Sevim Dagdelen im Overton Magazin

dazu: **Der teuerste Kanzler Deutschlands: So erkauft sich Merz den faulen Koalitionsfrieden**
Verteidigung und Soziales belasten den Bundeshaushalt schwer. Im Bundestag hat die Opposition leichtes Spiel mit der angeschlagenen Merz-Koalition. Eine Analyse.
In Brüssel tritt Bundeskanzler Friedrich Merz als Wortführer der Nettozahler-Staaten als Sparfuchs auf. Beim nächsten EU-Haushalt möchte er nun abermals nachverhandeln. Zuhause lässt es der Kanzler hingegen schleifen und liest der SPD und deren Chef Lars Klingbeil jeden noch so kostspieligen Wunsch von den Lippen ab. Rente, Pflege, Gesundheit, Bürger- und Wohngeld – alles soll am besten so bleiben, wie es ist. Die jüngeren Generationen sollen die Rechnung zahlen: höhere Schulden, Steuern und Beiträge – wie beim Klimaschutz gilt das Motto: nach uns die Sintflut.
Quelle 1: Berliner Zeitung (Bezahlschranke)
Quelle 2: Web Archiv

dazu auch: **«Die ganze Argumentation passt hinten und vorne nicht zusammen»**
Der Politikwissenschaftler Jürgen Wagner geht in seinem Buch der Frage nach, wie viel Aufrüstung tatsächlich notwendig ist. […]
In seiner Regierungserklärung vom 14. Oktober 2026 behauptete Bundeskanzler Friedrich Merz, «kein Euro, der in die Ukraine fliesst, fehlt bei den Sozial- und Bildungsausgaben in unserem Land».
Zumindest wenn wir die gesamte Aufrüstung betrachten, ist dies definitiv falsch. Nach der aktuellen Finanzplanung sollen die Militärausgaben nach Nato-Kriterien bis 2030 auf 200,9 Milliarden Euro steigen. Das wären 31 Prozent des

für 2030 geplanten Bundeshaushalts und 46 Prozent der Steuereinnahmen. Weil diese Aufrüstung derzeit vor allem über Schulden finanziert wird, werden auch die Zinszahlungen rapide steigen – und zwar bis 2030 auf 12,5 Prozent des Bundeshaushalts und 18,5 Prozent der Steuereinnahmen. Schon jetzt laufen sich vor allem die arbeitgebernahen Institute – mit dem Institut für Weltwirtschaftsforschung in Kiel an vorderster Front – warm und warnen, dass die schuldenbasierte Aufrüstung ein Ende haben müsse. Sie fordern aber nicht ein Ende des Rüstungswahns, sondern dass er zukünftig aus dem laufenden Haushalt bezahlt werden solle. Das wäre aber nur durch Sozialkürzungen möglich, gegenüber denen sich sogar die massiven Sparmassnahmen der jüngeren Vergangenheit harmlos ausnehmen würden.
Quelle: Infosperber

und: **„Merz lässt arbeitende Menschen im Stich“ – SPD verschärft Kritik im Steuerstreit**
Die Einkommensteuerreform von Union und SPD gerät ins Stocken. Während die Sozialdemokraten auf eine Entlastung der Beschäftigten ab Januar drängen, fordert die CDU zunächst Änderungen im Arbeitsrecht. Der Konflikt könnte auch den Bundeshaushalt belasten.
Der Streit innerhalb der schwarz-roten Koalition um die geplante Einkommensteuerreform verschärft sich. Obwohl die Verhandlungen über das Gesetz nach Informationen des „Spiegels“ bereits abgeschlossen sind, stellt die Union eine Zustimmung vorerst zurück. Sie verlangt zunächst eine Einigung mit der SPD über Reformen im Arbeitsrecht. Beide Gesetzesvorhaben sollen anschließend gemeinsam im Bundestag beschlossen werden.
Quelle: Welt Online

3. **Neue Sanktionen gegen Russland: Gerhard Schröder könnte Posten bei Hyperglobus verlieren**
Die EU-Kommission will EU-Bürgern Posten in Leitungsgremien russischer Unternehmen verbieten. Das neue Sanktionspaket benötigt die Zustimmung aller 27 EU-Staaten.
Altkanzler Gerhard Schröder (SPD) könnte durch neue EU-Sanktionen seinen Posten bei der russischen Supermarktkette Hyperglobus verlieren. Die EU-Kommission will den Bürgern der Europäischen Union künftig verbieten, Posten in den Leitungsgremien russischer Unternehmen zu übernehmen oder zu behalten.
Der Vorschlag ist Teil des 22. Sanktionspakets gegen Russland, das EU-

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am Montag vorgestellt hat. Die Botschafter der 27 EU-Mitgliedstaaten sollen an diesem Mittwoch erstmals darüber beraten, berichtete das Wirtschaftsportal bne IntelliNews. Das Paket kann nur einstimmig beschlossen werden.
Quelle: Berliner Zeitung

4. **Die wirkliche Zeitenwende**
   Der „grundlegende Widerspruch“ der gegenwärtigen Weltpolitik liegt nicht in einem nur vermeintlichen dichotomen Widerspruch zwischen „Demokratien und Autokratien“, sondern in einem scharfen „Gegensatz zwischen dem Westen und dem nach echter Unabhängigkeit strebenden Globalen Süden“: Zu diesem Ergebnis gelangt Beat Schneider, emeritierter Professor an der Hochschule der Künste Bern (HKB) sowie Gastprofessor an der China Foreign Affairs University (CFAU) in Beijing, im Gespräch mit german-foreign-policy.com. Dabei verliere der Westen „massiv an Einfluss“; die Zeiten seien „unwiederbringlich vorbei“, in denen „eine Minderheit im Westen“ der „Mehrheit der Menschen weltweit diktieren konnte, wo es langgeht“. In dieser neuen Konstellation spiele China „eine zentrale Rolle“, urteilt Schneider. Er konstatiert, in den Westen, der „seine verbleichende Vorherrschaft zu verteidigen“ suche, gelangten „oft nur Halbwahrheiten“ über die Volksrepublik; so entstehe, während zahlreiche Chinesen den Westen sogar aus eigener Anschauung kennen, „ein stark verkürztes Chinabild“, „gepaart mit einer arroganten eurozentrischen Überheblichkeit“. Schneider kritisiert, eine wirklich „offene Debatte“ etwa über China sei im Westen kaum noch möglich.
   Quelle: German Foreign Policy
5. **Die Heimatschutzdivision: Ausdruck der militärischen Umorientierung Berlins**
   Kasernen, Kraftwerke, Kriege im Inneren? Die neue Heimatschutzdivision steht im Spannungsverhältnis zwischen Grundgesetz und militärischen Planungen. Kriegstüchtig bis in die Kleingartenkolonie? Die 2025 neu aufgestellte Heimatschutzdivision ist mehr als eine Reserveformation: Sie ist Ausdruck der militärischen Neuorientierung Berlins, die bislang kaum kritisch hinterfragt wurde. Deutschland soll im Ernstfall nicht mehr nur Aufmarschgebiet und logistische Drehscheibe der NATO sein, sondern Territorium, Verkehrswege und Versorgungsstrukturen selbst militärisch sichern. Die Bundeswehr präsentiert die Formation auch als Zivilschutzinstrument bei der „Bewältigung von Naturkatastrophen und bedrohlichen Großschadensereignissen“. Aufgebaut wird sie jedoch insbesondere für militärische Sicherungsaufgaben, die Unterstützung von NATO-Truppenbewegungen und den Schutz

verteidigungswichtiger Infrastruktur.
Quelle: Telepolis

6. **Jedes zweite große Industrieunternehmen in Europa unter finanziellem Druck**
   Europas Industrie verliert im Wettbewerb mit China an Boden. Hohe Arbeits- und Energiekosten drücken die Renditen, Investitionen bleiben zurück. McKinsey sieht 3,7 Millionen Arbeitsplätze gefährdet.
   Rund die Hälfte der großen europäischen Industrieunternehmen befindet sich nach vorläufigen Daten für 2026 in einer finanziell angespannten oder kritischen Lage. Im vergangenen Jahr waren es 45 Prozent, 2024 noch 42 Prozent. Für eine aktuell veröffentlichte Studie untersuchte die Unternehmensberatung McKinsey knapp 1.200 Industrieunternehmen mit einem Jahresumsatz von jeweils mehr als 100 Millionen Euro. Die Bewertung beruht auf Kennzahlen zur Ertragslage, Liquidität und Verschuldung. Auf die finanziell angeschlagenen Unternehmen entfallen rund 3,7 Millionen Arbeitsplätze und mehr als 500 Milliarden Euro Wertschöpfung, die McKinsey als unmittelbar gefährdet ansieht.
   Quelle: World News Monitor
7. **Le Pen prangert “deutsches Europa an” – sie ist nicht allein**
   Frankreichs Nationalistenführerin Le Pen hat hat die deutsche Dominanz in Europa angeprangert. Sie ist nicht allein – sogar der frühere EU-Kommissar Breton wettert gegen Berlin.
   “Das Europa der Nationen muss an die Stelle des deutschen Europas treten”, sagte Le Pen in Paris. “Heute erfüllt die EU die Anforderungen Deutschlands, das seine Interessen verteidigt”, fügte sie hinzu.
   Die Favoritin für die Präsidentschaftswahl im Frühjahr bekräftigte ihre Forderung, die Souveränität Frankreichs zu verteidigen sowie die “aller Nationen, die an ihrer Freiheit festhalten”.
   Le Pen steht mit ihrer Kritik nicht allein. Ihr linker Herausforderer Mélenchon ist seit jeher ein scharfer Kritiker der “deutschen Dominanz”. Vor ihm hat man in Berlin sogar noch mehr Angst als vor Le Pen.
   Quelle: Lost in EUrope
8. **„Historischer Tag“ – Ungarns Regierungschef Magyar kündigt „neues Kapitel“ in Ukraine-Politik an**
   Nach Jahren der Spannungen unter Viktor Orbán sucht Ungarn wieder die Annäherung an die Ukraine. Der neue Regierungschef Péter Magyar lehnt Waffenlieferungen und einen beschleunigten EU-Beitritt Kiews jedoch ab.
   Ungarns neuer Ministerpräsident Péter Magyar hat erstmals offiziell die Ukraine

besucht und dort den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj getroffen. Die beiden Politiker kamen in Uschhorod nahe der gemeinsamen Grenze zusammen und legten dort Kränze am Soldatenfriedhof nieder. Dort sei auch ein ethnischer Ungar beerdigt, der als eines der ersten Opfer des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine gilt, sagte Magyar.
Quelle: Welt Online

9. **So werden Journalisten, die über die israelischen Verbrechen berichten, aus der Welt geschafft …**
   Israel mordet und mordet, aber die Welt soll davon möglichst wenig erfahren. Also werden vor allem auch Journalisten, die darüber berichten, bewusst umgebracht. Wenigstens Francesca Albanese, die im Auftrag der UNO das israelische Vorgehen beobachtet, hält durch. Aber die meisten westlichen Länder schauen weg. Und die meisten westlichen Medien schweigen. Es ist unfassbar!
   Quelle: Globalbridge
10. **Eine Frage der Einsatzbereitschaft**
    Am 25. November begehen Frauen in Deutschland wie auch weltweit den Tag gegen Gewalt an Frauen – es ist der Todestag der Mirabal-Schwestern, die wegen ihres Widerstandes gegen die Gewaltherrschaft in der Dominikanischen Republik inhaftiert, gefoltert, vergewaltigt und 1960 schließlich ermordet worden waren. Mehr als ein halbes Jahrhundert nach ihrem Tod ist Gewalt gegen Frauen noch immer weit verbreitet – auch in Deutschland und in Organisationen, die für die deutsche Außenpolitik von Bedeutung sind. Eine aktuelle Studie kommt zu dem Ergebnis, dass 75 Prozent der deutschen Soldatinnen während ihrer militärischen Laufbahn zum Opfer sexualisierter Gewalt gemacht werden. Die Täter sind fast immer Männer. Betroffene berichten von einer frauenfeindlichen Grundstimmung und umfassendem Täterschutz in der Bundeswehr. Britische und US-amerikanische Soldatinnen haben sich bei ihren Vorgesetzten über die Missstände in den deutschen Streitkräften beschwert. Verteidigungsminister Boris Pistorius verspricht Besserung – und hofft, damit junge Frauen als potenzielle Rekrutinnen erschließen zu können. Dabei geht es ihm erklärtermaßen nicht nur um den Respekt vor Betroffenen, sondern um die Einsatzbereitschaft der Armee.
    Quelle: German Foreign Policy
11. **Unabhängige Geldpolitik, die Zinsstruktur und die Rezessionen in den USA und in Deutschland**
    Ein Leser hat mir einen langen Gedankenaustausch mit dem Deutschlandfunk zukommen lassen, in dem es darum ging, ob und wieviel Einfluss die

Geldpolitik auf die reale wirtschaftliche Entwicklung hat. Hintergrund war die Sendung Crashkurs, bei der es vor einiger Zeit im Rahmen einer Diskussion über die Unabhängigkeit der Notenbanken (offenbar sehr einseitig) um diese Frage ging.
Die Frage, wie viel Einfluss die Zinsen auf die wirtschaftliche Entwicklung haben, ist immer wieder Gegenstand heftiger Diskussionen.
Quelle: Relevante Ökonomik

12. **Besteht die Gefahr, dass das BSW verschwindet, Norbert Häring?**
Das BSW steht vor einem kritischen Parteitag: Die Haltung zur AfD muss entschieden werden, um eine Spaltung zu verhindern. Norbert Häring erklärt, wo die Bruchlinien verlaufen.
Zerschellt das BSW an der Brandmauer? Norbert Häring, Ökonom und Mitglied der Grundwertekommission, hofft im Interview mit World News Monitor auf einen Kompromiss. Die Herausforderung ist beträchtlich: Während die Kritiker der Parteispitze auf eine scharfe Verurteilung der AfD als Ganzes drängen, will das andere Lager die scharfe Kritik auf diejenigen Personen und Strömungen in der AfD beschränken, die den Anlass dazu geben.
Quelle: World News Monitor

dazu auch: **Der Magdeburger Holzweg – eine Replik auf Diether Dehm**
Quelle: NachDenkSeiten

13. **Was „Correctiv“ unter Recherche versteht: Schlecht gemeint und schlecht gemacht**
„Correctiv ist Deutschlands größtes gemeinwohlorientiertes Medienhaus. Mit Journalismus, Medienbildung und offenen Technologien stärken wir die Demokratie. Als vielfach ausgezeichnete Redaktion stehen wir für investigativen Journalismus. Mit Faktenchecks, Bildungsangeboten und Dialogformaten fördern wir eine informierte Öffentlichkeit …“ So rühmt sich „Correctiv“ auf der eigenen Website. Die Förderung einer informierten Öffentlichkeit, Faktenchecks und Journalismus sucht man allerdings vergeblich – zumindest, wenn es um Kommunisten in diesem Land geht.
David Schraven, „Publisher“ aus dem „Führungskreis“, hat sich aufgemacht, um pünktlich zu den Schulstreiks am vergangenen Freitag die Unterwanderstiefel von DKP und SDAJ einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen. Dazu greift er zu den schärfsten Waffen des Journalismus: der schriftlichen Anfrage und der Recherche. Hat beides nicht so gut geklappt. Über die krude formulierte, rechtschreibfehlerbehaftete Anfrage sehen wir mal

hinweg. Aber wie sieht es mit sauberer Recherche und Faktenchecks aus?
Quelle: unsere zeit

14. **Deutsche Einheit – tot?**
Ost gegen West: Verbitterung, Arroganz und politische Entfremdung sind auf einem Rekordhoch. Was bleibt von den großen Versprechen?
Am 9. November 1989 fiel die Berliner Mauer. Am 19. Dezember traf sich Bundeskanzler Helmut Kohl in Dresden mit DDR-Ministerpräsident Hans Modrow zu Gesprächen über eine Vertragsgemeinschaft und freie Wahlen. Vor den Trümmern der Frauenkirche hielt der Pfälzer seine historische Rede vor etwa 100.000 Menschen, die als ein Schlüsselerlebnis auf dem Weg zur deutschen Einheit gilt und dazu auch durch jede Menge fabrikneue BRD-Fahnen, CDU-Werbematerial und Animateure gemacht wurde, die „Helmut, Helmut“ riefen oder „Deutschland, Deutschland“. Vor allem ein Satz von Kohl blieb bei vielen Ostdeutschen hängen:
Quelle: Freie Medienakademie

15. **Abgemacht statt abgestimmt**
Die Sache ist klar: Ilse Aigner wird Bundespräsidentin. Die Bundesversammlung findet dennoch statt und simuliert eine Wahl, die nur als Farce bezeichnet werden kann.
Immerhin — es gibt was zu essen. Wenn am 30. Januar 2027 die Delegierten der 18. Bundesversammlung seit Staatsgründung zusammentreten, dann wird nach der Wahl des Bundespräsidenten noch diniert. Die Ausschreibung zwecks kulinarischer Begleitung des Events wurde bereits im August veröffentlicht. Nach Berlin fahren, im ersten Wahlgang die Kandidatin der sogenannten Mitte zum Staatsoberhaupt küren, noch etwas spachteln, dazu zwei Gläschen, höchstens acht: Ach, wie schön ist die Simulation demokratischer Prozesse. Wenn das Catering nicht wäre, lohnte es sich gar nicht, zu diesem Anlass in die Hauptstadt zu eilen. Die 75 Euro Tagespauschale, die jedem Mitglied der Bundesversammlung zustehen, locken nun wirklich keinen in den Reichstag.
Quelle: Roberto J. De Lapuente auf Manova